

Angst um Geflüchtete, nicht vor ihnen

asylkoordination österreich – 35 Jahre Widerstand gegen die Politik der Angst

Die historische Zäsur des Jahres 1989 bewirkte auch, dass innerhalb weniger Monate der Begriff „Grenze“ in Europa gänzlich neu konstruiert wurde. Statt der Systemgrenze, der „Zonengrenze“, tauchte die „Außengrenze“ auf, sie trennte nicht mehr innerhalb des Kontinents, sondern definierte diesen neu als Einheit nach außen gegenüber „Drittstaaten“. Auch wenn es noch einige Jahre und einen blutigen Krieg dauern sollte, bis aus der theoretischen Konstruktion eine EUropäische Praxis wurde, war vieles in diesen Monaten schon angedacht und angelegt.

Zu Beginn der 1990er Jahre wurde der Begriff „Flüchtling“ von Grund auf neu verhandelt. Aus Systemflüchtlingen vor dem Kommunismus wurden „Wirtschaftsflüchtlinge“; erreichten Geflüchtete von außerhalb Europas Österreich, wurden sie zu „Illegalen“, die man in Schubhaft nehmen konnte.

Auch ein anderer Begriff tauchte damals auf, jener der „Zivilgesellschaft“. Dissidenten wie Václav Havel hatten ihn benutzt, um ein Gegenmodell zu totalitären Regimen zu benennen. Noch bezeichneten sich die verschiedenen Initiativen und Vereine, die sich dem Schutz von geflüchteten Menschen verschrieben hatten, nicht so, aber es war der

gleiche Geist der Kritik, des Widerstandes, der Menschen unterschiedlicher weltanschaulicher Richtungen zusammenbrachte.

Vernetztes Auftreten gegen die Abschottungspolitik

Nach einer 1989 gemeinsam organisierten Journalist:innen-Rundreise zu den Hotspots des österreichischen Asylwesens hatte man Geschmack an Zusammenarbeit und Vernetzung gefunden. Treffen wurden regelmäßig von wechselnden Gastgeber:innen organisiert, bis die Idee entstand, mit einer Stimme zu sprechen, gemeinsam für die Rechte von Flüchtlingen zu streiten.

An Bord waren kirchliche Organisationen wie *Caritas* und *Diakonie*, kleinere und größere ehrenamtliche Gruppen und Initiativen wie *ZEBRA* oder das *Unterstützungskomitee für politisch verfolgte Ausländer*, alternative Gewerkschafter:innen und internationale Menschenrechtsorganisationen. Ziel der Vernetzung waren ein stärkeres öffentliches Auftreten gegen die österreichische Abschottungspolitik und mehr Sichtbarkeit für flüchtlingsfreundliche Positionen. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde im September 1991 die *asylkoordination österreich* gegründet, damals noch offiziell als *Verein von AusländerInnen und Flüchtlingshilfsorganisationen und -be-*

treuerInnen. Wir wollten den Blick auf jene Bereiche lenken, in denen weitgehend unbeachtet grobe Missstände herrschten: „Gatechecks“ am Flughafen, fehlende Versorgung von „illegal eingereisten“ Asylsuchenden und ein Asylverfahren, das keine rechtsstaatlichen Standards erfüllte.

Der öffentliche Diskurs war bestimmt durch das Erstarren der Rechten und eine Politik der Angst, mit der neue, restriktive Gesetze gegen Flüchtlinge und Migrant:innen vorbereitet wurden.

Dauerkrise als Normalzustand

Seither ist das Thema Migration nicht mehr von der politischen Agenda verschwunden. Rassismus, die Infragestellung von Menschenrechten und die Diffamierung von Flüchtlingen und deren Verbündeten gehören zu den zentralen Instrumenten, mit denen rechte Politik ihr Erstarren vorantreibt.

Gegen diese Angstmache prägten wir einen der ersten Slogans: „Ich habe keine Angst vor Flüchtlingen, ich habe Angst um sie.“ Ein wichtiges Thema, das auch aktuell mit der Umsetzung des gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) wieder auftaucht, ist die Inhaftnahme von Menschen, um sie außer Landes zu schaffen – die Schubhaft. Nicht nur die Tatsache, dass Menschen eingesperrt wurden, sondern auch die menschenrechtswidrigen Haftbedingungen brachten uns 1992 auf die Straße. „Licht ins Dunkel der Schubhaft“ hieß die Kampagne.

Überlange Asylverfahren mit unsicherem Ausgang und ohne unabhängige Berufungsinstanz waren ein anderes Thema, das uns jahrelang begleitete. Daraus entstehende Probleme wurden durch die Zusammenarbeit mit UNHCR im Rahmen des Projekts „Gemeinsame Flüchtlingskommission (GFK)“ sowie durch die Kampagne für die Regularisierung von „Langzeitasylwerber:innen“

angegangen. Erfolge erzielten wir immer wieder durch zähe Verhandlungen mit dem zuständigen BMI.

Auf die Thematisierung fehlender menschenrechtlicher Standards und verbreiteten Rassismus als Problem reagierten schließlich auch staatliche Organe u. a. mit der Gründung des Menschenrechtsbeirats samt regionalen -kommissionen.

Schon im Vorfeld des Beitritts Österreichs zur EU 1995 und später, im Zuge der Entwicklung eines gemeinsamen europäischen Asylsystems nach 1999, geriet die österreichische Regierung unter Druck, im Flüchtlingswesen von der EU geforderte Standards zu erreichen. Insbesondere die menschenwürdige Versorgung, Unterbringung und Betreuung wurden letztendlich – nach viel Druck der *asylkoordination* und anderer NGOs – erst durch die EU-Aufnahmerichtlinie durchgesetzt.

Auch der Weg zur Rechtsstaatlichkeit im Asylverfahren war lang und es bedurfte immer wieder der Judikatur der Höchstgerichte, um gewollten oder ungewollten rechtlichen Pfuscher zu korrigieren.

Die *asylkoordination* begleitete diese Entwicklungen durch intensive Informationsarbeit und die Organisation kontinuierlicher Zusammenarbeit aller relevanten zivilgesellschaftlichen Kräfte.

Zunehmend wichtiger wurde auch die Vernetzung auf EU-Ebene, sei es im Dachverband *ECRE*, den antirassistischen Netzwerken *UNITED* und *ENARA* oder im Bereich minderjährige Flüchtlinge mit *Separated Children in Europe*. Dazu kamen transnationale Projekte mit wechselnden Partnerorganisationen aus nahezu allen EU-Mitglieds- und Kandidatenländern.

Während in den 1990er Jahren die Betreuung von Flüchtlingen noch weitgehend ehrenamtlich als Nothilfe stattfand und kaum

staatlich gefördert wurde, ermöglichten die Mittel der EU-Kommission im Bereich Integration, Asyl – später auch Migration – eine Professionalisierung der kooperierenden Organisationen. Vor allem durch die Einführung der Grundversorgung 2004 wuchs die Zahl der in unserem Feld Beschäftigten um ein Vielfaches. Von der *asylkoordination* organisierte Austauschforen und Arbeitskreise – vor allem das jährliche Asylforum – gewannen dadurch erheblich an Bedeutung.

Mit Ausdauer und Wachsamkeit

Die ursprünglich verfolgte Idee eines Dachverbandes trat mit den Jahren in den Hintergrund. An ihre Stelle trat eine Netzwerkstruktur, die den Wissensaustausch und die Zusammenarbeit in spezifischen Fachbereichen ermöglichte. Die wichtigsten Schwerpunkte sind bis heute Rechtsberatung, Psychotherapie für extremtraumatisierte Geflüchtete, Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge (UMF) und die Grundversorgung. Darüber hinaus brachte sich die *asylkoordination* immer wieder in politische Bündnisse mit anderen NGOs ein – vor allem, wenn es darum ging, Widerstand gegen rechte Regierungskoalitionen zu leisten. Wichtig war und ist uns dabei die Zusammenarbeit mit Community-Organisationen von Geflüchteten.

Auch wenn sich im Rückblick – vor allem im Zuge des EU-Beitritts – erstaunlich viele positive Entwicklungen erkennen lassen: Es gab und gibt schmerzhaftes Rückschläge und eine beunruhigende politische Tendenz in ganz Europa. Die Flüchtlingspolitik ist vor allem auf einer diskursiven Ebene fest in den Händen von politischen Angst- und Scharfmacher:innen. Einen entscheidenden Wendepunkt markierten hierbei die Anschläge vom 11. September 2001. Seither steht im Mittelpunkt der Asyl- und Migrationspolitik im globalen Norden nicht mehr der Gedanke von



Käfigaktion im Rahmen der Aktion „Licht ins Dunkel der Schubhaft“ am Wiener Graben, 1993, © asylkoordination österreich



„Aktion Grenzenlos“ gegen Bundesheer an der Ostgrenze: „Mauerbau“ beim Grenzübergang Nickelsdorf, 1990, © asylkoordination österreich



Pressekonferenz anlässlich von Protesten gegen Obdachlosigkeit von AsylwerberInnen am Wiener Stephansplatz, 1990, © asylkoordination österreich



Proteste somalischer Flüchtlinge „Subsidiärer Schutz reicht nicht aus“, 2012, © asylkoordination österreich

Schutz und gleichberechtigter Integration. Migration wurde zu einer Sicherheitsfrage, Errungenschaften wurden zurückgedrängt. Die Idee einer Festung zur Verteidigung von Wohlstand und Sicherheit, in die nur die „Braven“ und „Nützlichen“ eingelassen werden, hat die Oberhand gewonnen. Menschenrechte und internationale Verpflichtungen werden zunehmend in Frage gestellt, Empathie und Solidarität pathologisiert.

Manche Themen tauchen immer wieder auf. Auch heute muss wieder gegen Schubhaft vorgegangen werden; die Externalisierung der EU-Asylpolitik hat schon Manfred Matzka (Sektionschef im BMI von 1993 bis 1999) in seinem Drei-Kreise-Modell angedacht. Immer wieder wurde die Notwendigkeit des Flüchtlingsschutzes angezweifelt oder Zugewanderten „Integrationsverweigerung“ vorgeworfen.

Die *asylkoordination* und ihre Kooperationspartner:innen wirken solchen Entwicklungen ebenso ausdauernd entgegen: durch juristische Mittel (Strategic Litigation), Advocacy (Kommunikation und Dialog mit Behörden und Politik) sowie durch Recherchen, Dokumentation und die faktenbasierte Information einer breiten Öffentlichkeit. Aber nichts ist garantiert; es bedarf weiterhin der Wachsamkeit, Ausdauer und eines solidarischen Zusammenwirkens in breiten zivilgesellschaftlichen Bündnissen.

Anny Knapp, Mitbegründerin und Obfrau der *asylkoordination österreich*, gestaltete die Arbeit des Netzwerks von Beginn an maßgeblich mit. Als Expertin für Asylrecht koordinierte sie zahlreiche Forschungs- und Bildungsprojekte und vertrat die Organisation im europäischen Flüchtlingsrat ECRE.

Herbert Langthaler, Mitbegründer der *asylkoordination österreich*, begleitete das Netzwerk drei Jahrzehnte als Vorstandsmitglied, betreute die antirassistische Bildungstätigkeit des Vereins und ist Chefredakteur der Zeitschrift *asyl aktuell*.